

VOKSBLATT

Herausgegeben von der
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
für die Provinz Sachsen

Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen aufgelöst:

Bauernvertretung auf demokratischer Grundlage

Verordnung über den Übergang der Landwirtschaftskammer auf die Provinzialverwaltung

Der Präsident der Provinz Sachsen ordnet an:
§ 1. Die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen wird im Verfolg der Strukturwandlung der Landwirtschaft der Provinz Sachsen aufgelöst.
Die Neubildung einer Vertretung der Bauernschaft auf demokratischer Basis bleibt einer späteren Regelung vorbehalten.
Der Verwaltungsapparat der bisherigen Landwirtschaftskammer geht mit allen seinen Einrichtungen auf die Provinzialverwaltung und ihre sachgeordneten Dienststellen über.
§ 2. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter werden von der Provinzialverwaltung übernommen, sofern ihre Übernahme aus politischen Gründen und sechlichen Erwägungen gerechtfertigt ist.
§ 3. Das gesamte Eigentum und die gesamten Vermögensrechte der Landwirtschaftskammer und des früheren Rechnungstrandes

mit allen Sachen, Rechten und Beteiligungen geht auf die Provinz über. Die Provinzialverwaltung behält sich die Nachprüfung über den Eintritt in die von der Kammer abgeschlossenen Verträge und die Übernahme sonstiger Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften der Kammer vor. Eine Haftung aus Rechtshandlungen von Angehörigen der Kammer übernimmt die Provinzialverwaltung nicht.
§ 4. Die Provinzialverwaltung übernimmt die Schuldverpflichtungen der Kammer gegenüber der Genossenschaftsbank GmbH Halle aus dem ihr gewährten Kredit von insgesamt drei Millionen Reichsmark und gegenüber der Provinz Sachsen aus einem weiteren Kredit von 1.650.000 RM bis zur Höhe der tatsächlich von diesen Darlehen in Anspruch genommenen Summen.
Sie ist berechtigt, die Kammerbeiträge für das laufende Jahr als Zuschüsse für die Provinzialverwaltung zur Bestreitung der mit der Übernahme entstehenden Aufwendungen weiter zu erheben.

§ 5. Bis zu der Schaffung einer neuen berufsständischen Vertretung werden landwirtschaftliche Fachbeiräte bei der Provinzialverwaltung und den Landräten eingerichtet, die sich aus anerkannten Persönlichkeiten der Wissenschaft und Praxis zusammensetzen.
Sie haben die Dienststellen der Provinzialverwaltung fachkundig zu beraten und sind in allen wichtigen Fragen zu hören.
Der Fachbeirat bei der Provinzialverwaltung wird vom Präsidenten ernannt. Die Fachbeiräte bei den Kreisverwaltungen werden von den Landräten mit vorheriger Zustimmung der Bezirkspräsidenten berufen.
§ 6. Die Durchführung und Ergänzung dieser Bestimmungen erfolgt durch Verwaltungsanweisungen der Provinzialverwaltung.

Halle, den 5. Oktober 1945
Der Präsident der Provinz Sachsen
gez.: Dr. Hübener
Der 1. Vizepräsident
gez.: Stewert

Der Demokrat im Keller

O. K. Halle, den 12. Oktober.
Dummheit ist eine Gabe Gottes, man darf sie nur nicht mißbrauchen. Sie kann lästig wirken, dann klärt man den Verzäpfer ungelimter Ungehörlichkeiten auf. Wirkt sie aber gefährlich, faschistisch, dann muß die klare Vernunft dazwischenfahren oder die Staatsgewalt. Es sind nur wenige dieser politischen Hanswurstleute noch zu verspüren, man hört sie gelegentlich eine gewisse Bemerkung machen und sieht, wie sie die Augen nach Opfern kreisen lassen, die darauf zustimmend reagieren, dann freut man sich, wenn die Antwort den Giftspritzer in die Flucht schlägt.
Denn das deutsche Volk in seiner über großen Mehrheit ist antifaschistisch und drastisch in seiner Antwort. Wer guten Willens ist und klaren Kopfes, braucht sich nur umzuschauen. Da, zwischen Geröll und Aufbau, liegt die Antwort auf die Tiraden blöder Schwätzer und nazistischer Heuchler und Hetzer. Dort schallt es heraus: In dieses Trümmerfeld hinein habt ihr uns geführt, ihr Nazis. Dank der Gnade der Siegermächte dürfen wir uns trotz der Heimtücke, die im Ueberfall auf die anderen Völker lag, wieder erholen. Wir dürfen ein neues, demokratisches Deutschland errichten unter der heiligen Verpflichtung ehrlicher Erfüllung der uns auferlegten Bedingungen.
Nicht unter dem Druck von Paragraphen und Bestimmungen, sondern ehrlichen Herzens. Nicht barfuß und im Büßersand, wie während Heinrich in Canossa, sondern mit schwerlicher Faust in Sühne und Wiederaufbau. Mit dem offenen Bekenntnis der Alleinschuld Hitler-Deutschlands am Ausbruch des verheerendsten aller Kriege und der Gemeinschaft aller Deutschen für die Wiedergutmachung der zugefügten schweren Leiden. Wir haben daher herzhaf zu arbeiten. Hetzer und Schwätzer, offene und getarnte Faschisten werden wir zum Teufel schicken, wohin sie gehören.
Ja, auch diese Verpflichtung haben wir auf unsern Eid genommen und werden nicht rüben und rasten, bis wir den letzten Faschisten in seinem Versteck entdeckt und zur Verantwortung gezogen haben. Wir werden sie schon zur Raison bringen!
Aus heiligem Grimm heraus und aus zwingender Notwendigkeit. Denn von ihrer Beseitigung und Ausmerzung ihrer verderblichen Ideologien aus den Köpfen Angehöriger hängt es ab, ob das deutsche Volk früher schon oder erst viel später zu seinem ehrlichen, reinen Namen kommt. Erst unter Erfüllung dieser Vorbedingung ist es möglich, Deutschland wieder als gleichberechtigtes Mitglied im Rate der Völker aufzunehmen.
Die Erfüllung aller dieser Verpflichtungen ist dem demokratisch gesinnten Volksgenossen in Fleisch und Blut übergegangen. Das ist von den Besatzungsmächten auch anerkannt worden, und der Lohn als erste Abschlagszahlung auf spätere Gleichberechtigung war die Gewährung der demokratischen Selbstverwaltung. Von unten herauf, bis zu den Landes- und Provinzialregierungen. Getragen von freien Gewerkschaften und antifaschistischen demokratischen Parteien.
Wir sollen zeigen, was wir können, und wir haben es schon gezeigt. Junkerland wird Bauernland und in der Industrie geht es wieder vorwärts, trotz Beseitigung der nazistischen Betriebsführung. Die Zivilverwaltung ist in Ordnung und die Bevölkerung kann beruhigt in den Winter gehen, als sie es im ersten Schrecken des Zusammenbruchs befürchtet hatte.
Aus eigenem Augenschein können wir nur die russische Besatzungszone beobachten. Und da sehen wir zu unserer Freude sich die ersten Wege anbahnen aus Hitlers Sumpf und Chaos heraus zu lichter Zukunft. Weil wir die Befreiung aus den Klauen des verbrecherischen Nazismus verwendet haben zu löblichem Tun im Interesse des gesunden Volkes.
Was aber machen bei solcher langsam aber sicher fortschreitenden mühseligen Aufarbeitung die Nazisten? An die Erwachsenen mit Hammer und Kelle in der

Sie wollen nicht verschwinden

Fälschung und Verletzung der Besatzungspolitik

Moskau (SNB). Der amerikanische Senator Kilgore lehnt die Aufmerksamkeits der öffentlichen Weltmeinung auf die Frage, wie in den einzelnen deutschen Besatzungszone die Beschlüsse der Berliner Dreimächte-Konferenz über die Vernichtung des deutschen Nazismus und Militarismus durchgeführt wurden. Kilgore ist Vorsitzender des Unterausschusses des Senats, der die deutschen Kriegsverbrechen studiert. Der Unterausschuß veröffentlichte weitgehende Angaben über den Zustand der wehrwirtschaftlichen Hilfsquellen Deutschlands, über die deutschen Kriegsrüstungen nach der Niederlage von 1918.
Über das wirtschaftliche Hindringen Deutschlands in die verschiedenen europäischen Länder während und nach dem letzten Krieg und über ähnliche Fragen.
Das Material gibt Anlaß, über die Tätigkeit einiger Vertreter der amerikanischen Militärregierung in Deutschland besorgt zu sein. Besonders erregt ist Kilgore über die Tatsache, daß einige amerikanische Militärs in direktem Gegensatz zu den Berliner Beschlüssen und den Anweisungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Wiederherstellung der IG-Farben-Industrie hinauszögern. Dieser riesige deutsche Chemiekonzern bildet nach dem Geist und dem Wortlaut der Berliner Beschlüsse zusammen mit anderen deutschen Großfirmen den Kern der deutschen Rüstungsproduktion und muß daher liquidiert werden.
Die Führer der drei Mächte sind auf der Berliner Konferenz einmütig zu dem Schluß gekommen, daß das deutsche Kriegspotential vernichtet werden muß, da es eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit darstellt. Anlässlich der Berliner Beschlüsse erinnerte die Weltpresse an die Fehler, die nach dem ersten Weltkrieg von den Siegerstaaten begangen wurden und äußerte ihre Befriedigung darüber, daß diese Fehler diesmal vermieden wurden, daß dem deutschen Imperialismus die Möglichkeit genommen wird, eine neue Auferstehung zu feiern.
Die wichtigsten Beschlüsse genügen jedoch nicht, sie müssen auch durchgeführt werden. Wie Senator Kilgore, der Rundfunkkommentator Steel und andere Politiker und Kommentatoren feststellen, gibt es bei den amerikanischen Besatzungsbehörden Leute, die sich die Freiheit nehmen, Beschlüsse der internationalen Konferenzen auf ihre Weise zu interpretieren. Anstatt das deutsche Rüstungspotential zu vernichten, setzen sie alle Hebel in Bewegung, um es zu wahren; anstatt die deutschen Konzerne zu liquidieren, hauchen sie ihnen neues Leben ein; anstatt den Nazis jeden Einfluß zu nehmen, lassen sie sie weiter an der Macht. General Patton, der es ablehnte, in Bayern die Politik der Entnazifizierung durchzuführen, und dem deshalb von Eisenhower das Kommando entzogen wurde, ist jedenfalls nicht der einzige Schirmherr der Nazis unter den letzten amerikanischen Beamten. Der Rund-

funkmentator Steel teilt beispielsweise mit, daß General Clyde dem Staatsdepartement des Finanzministeriums der Vereinigten Staaten erklärt hat, er sei keineswegs gesonnen, die vorgesehene Besatzungspolitik durchzuführen.
In der amerikanischen Presse nennt man auch noch andere Schirmherren des deutschen Monopolkapitals, so den General Stockton, der unmittelbar vor dem Einmarsch der Sowjettruppen in Thüringen dem bürgerlichen Nazi-Industrialen Westrick behilflich war, die Ausrüstung zweier Fabriken der Firma Lorenz abzurufen und von Mühlhausen nach Nürnberg zu schaffen. Das in Amerika erscheinende „Germany-to-Day“ teilt mit, daß der Nazi-Westrick, der 1940 aus den Vereinigten Staaten des Landes vertrieben wurde, sich gegenwärtig in Deutschland aufhält und in der englischen und amerikanischen Besatzungszone eine aktive Tätigkeit entfaltet. Westrick war Vertreter der Ford-Werke in Köln und Mitglied des Verwaltungsrates der amerikanischen Internationalen Telefon- und Telegraphen-Company, der Chef und fest alleiniger Inhaber der Firma Lorenz, des Hauptlieferanten der Focke-Wulf-Werke. „Germany-to-Day“ weist darauf hin, daß der bereits erwähnte

General Stockton und zwei weitere amerikanische Generale dem Verwaltungsrat der Firma Lorenz angehören.

Keine deutschen Monopole

Moskau (SNB). In den letzten Tagen verlangte eine Reihe Zeitungen in den verbündeten Ländern verstärkte Kontrolle der verschiedenen Machenschaften der deutschen Konzerne, deren Vertreter größte Anstrengungen machen, die Beschlüsse der Berliner Konferenz über die Liquidierung der deutschen Monopole zu umgehen.
Mit Recht haben amerikanische Korrespondenten den Versuch scharf kritisiert, den Chicagoer Konzern IG Farben wiedererstehen zu lassen, der vor dem Krieg mit amerikanischen und anderen Gesellschaften durch Kartellverträge verbunden war. Laut dem Beschluß der Berliner Konferenz ist die IG Farben zu liquidieren.
Die Machenschaften der deutschen Monopolkonzerngesellschaften werden ohne Zweifel durch den Umstand erleichtert, daß trotz der klaren Berliner Beschlüsse, unter dem Befehl General Eisenhowers in West- und Südwestdeutschland viele Nazis und Prohibitoren Wirtschaftler von führenden Posten immer noch nicht entfernt sind.
Es ist völlig offenkundig, daß Nachsicht in der Behandlung der Nazis in einer alliierten Besatzungszone lediglich ein Ansporn für die Nazis sein kann, die sich in den anderen Zonen noch verborgen halten.

Grotewohl im Westen

Konferenz der Sozialdemokratischen Partei in der britischen Zone

Hannover, 11. Oktober (SNB). Einer Reihe von Quellen entnehmen wir, daß in einem kleinen Ort bei Hannover eine Konferenz der Vertreter der Organisations- und der Sozialdemokratischen Partei in der englischen Besatzungszone Deutschlands stattfand. An der Konferenz nahmen auch die Vertreter der sozialdemokratischen Emigration in England teil.
Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Otto Grotewohl, sowie Dahrendorf und Fechner sind aus Berlin dort eingetroffen und sind gleichzeitig bei der Konferenz anwesend.
Auf der Konferenz hielt Dr. Schumacher eine Rede. An der Diskussion nahm eine Reihe von Konferenz-Delegierten teil.

Landesparteitag Sachsen

In Freital tagte von 6. bis 8. Oktober unter dem Vorsitz des Genossen Döllitzsch der 1. Parteitag des Bundeslandes Sachsen. Genosse Büchowitz behandelte das Thema „Die Sozialdemokratie im Neuaufbau Deutschlands“. An seine Erfahrungen heraus den Delegierten den Weg, der zu beschreiten ist.
Im zweiten Referat sprach Genosse A. n d über „Wirtschaftsprobleme der Jetztzeit“. Er schilderte in ungeschminkten Worten die

ausgeblickte Lage, wies auf die ungeheure Arbeit, die vor uns liegt, hin, zeigte aber auch den Weg, den die deutsche Wirtschaft zu beschreiten hat, um das Chaos, in dem wir uns zur Zeit befinden, zu meistern.
Genosse Zeigner, Oberbürgermeister von Leipzig, zeigte am markanten Beispielen, wie der Nationalsozialismus seinen Zweck, sprechend die Justiz vergrawalligt hat. Genosse Zeigner stellte die Forderung, daß auch im deutschen Justizapparat rückwärts alle Elemente entfernt werden, die irgendetwas dem Nationalsozialismus erliegen sind oder sich ihm freiwillig in die Arme geworfen haben.
Am zweiten Tag sprach Genosse Tempel über neue sozialpolitische Aufgaben. Seine Nachforschungen haben den Beweis erbracht, welche Unsummen aus den einzelnen Versicherungsweigen von den Nationalsozialisten für die Kriegszwecke aufgewendet wurden.
Am dritten Verhandlungstag sprach der Genosse Helmut Schneider zum Thema: „Jugendfragen“. Als würdigen Abschluß sprach Genosse Hennig, Oberbürgermeister von Freital, über Kulturpolitik. Sein Referat soll in Buchform erscheinen. Mit dem Referat Hennigs nahm der Parteitag sein Ende. Immer wieder hörte man Äußerungen, wie: „Schade, wir hätten noch mehr gehört“, und damit wird wohl zum Ausdruck gebracht, mit welchem aufnahmebereiten Herzen und Sinnen die Delegierten des Parteitages dabei waren.

